

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eines vorweg sagen: Liebe Frau Stotz, liebe Frau Beer, ich hätte mich am heutigen Abend wirklich sehr gefreut, wenn Sie einfach mal gesagt hätten: Besser gemacht als unter Rot-Grün beim Inklusionsgesetz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das wäre allen Beteiligten zugutegekommen. Ich kann mich noch ganz genau an die Nacht-und-Nebel-Aktion unter Federführung des damaligen Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer erinnern und daran, wie der Streit mit den kommunalen Spitzenverbänden zu eskalieren drohte und man diesen abwenden wollte.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Wenn Sie schon von Bedarfen sprechen, liebe Frau Beer, dann hätte ich mir sehr gewünscht, dass Sie die Bedarfe auch bei der Inklusion vorab geklärt hätten; dann wären wir nicht in der Situation, in der wir uns heute befinden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zurück zum eigentlichen Belastungsausgleichsgesetz: Wir stehen vor dem Abschluss eines weiteren wichtigen Schrittes bei der Umsetzung des neuen G9 an Gymnasien. Die Anhörung hat bestätigt, dass unser Gesetzentwurf im Einklang mit verfassungsrechtlichen sowie gesetzlichen Vorgaben steht.

Der Belastungsausgleich wurde entsprechend dem methodischen Ansatz des Konnexitätsausführungsgesetzes berechnet. Die Basis hierfür war ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes wissenschaftliches Gutachten. Die Anhörung hat auch in diesem Punkt deutlich gemacht, dass eine solide Kostenschätzung erfolgt ist. Seitens der kommunalen Vertreter überwog die Meinung, dass das, was wir vorgelegt haben, als Gutachten trägt.

Es hat sich gezeigt, dass sich der intensive und konstruktive Dialog zwischen unserem Haus und den kommunalen Spitzenverbänden bewährt hat. An dieser Stelle möchte ich den Gutachtern, dem Gutachtertteam und den Sachverständigen, die ihre Expertise eingebracht haben, ganz herzlich danken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich habe bereits in der vergangenen Woche im Schulausschuss betont, dass selbstverständlich eine Evaluation vorgesehen ist. Ja, liebe Frau Beer, hier wird natürlich die Auskömmlichkeit des Belastungsausgleichs betrachtet werden müssen. Etwaige Preissteigerungen werden dann auch berücksichtigt werden können. Dies entspricht der gesetzlichen

Konzeption des Belastungsausgleichs und der Vorgabe von § 4 Abs. 5 des Konnexitätsausführungsgesetzes.

Meine Damen und Herren, das Belastungsausgleichsgesetz wird zeitgleich mit dem G9-Gesetz am 1. August 2019 in Kraft treten. In der vergangenen Woche hat der Ausschuss für Schule und Bildung auch der Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sekundarstufe I, der sogenannten APO-S I, zugestimmt. Somit haben wir die entscheidenden Schritte für ein erfolgreiches G9 an unseren Gymnasien hier in Nordrhein-Westfalen vollzogen.

Es sei mir als zuständige Bildungsministerin erlaubt, dass ich mich über den Verlauf, über den Prozess, wie er vorstattenging, und natürlich über das Ergebnis – dass wir dieses Belastungsausgleichsgesetz heute einstimmig verabschieden werden – ganz besonders freue.

Ich kann sagen: Die Landesregierung hat versprochen, und die Landesregierung hält. – Vielen lieben Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Gebauer. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind und zur Abstimmung kommen können.

Der Ausschuss für Schule und Bildung empfiehlt in der Drucksache 17/6607, den Gesetzentwurf mit der Drucksache 17/4832 unverändert anzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/4832 und nicht über die Beschlussempfehlung.

Ich darf fragen, wer dem Gesetzentwurf zustimmen will. – Das sind, wie angekündigt, die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Ich stelle fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/4832** mit dem festgestellten Ergebnis **angenommen** und **in zweiter Lesung verabschiedet** wurde.

Damit sind die am Ende von Tagesordnungspunkt 12. – Habe ich etwas übersehen? – Normalerweise stürzen immer alle raus. Na, wunderbar, umso schöner.

Ich rufe auf:

13 Situation und Entwicklung des Radiomarktes in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 10

der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3846

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/5749

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Vogt das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

(Unruhe)

Alle anderen darf ich bitten, meinen Hinweis auf die Anwesenheit im Plenarsaal nicht als Aufforderung zu verstehen, diesen zu verlassen; wenn dies aber erforderlich ist, dann bitte leise, damit wir die Plenarberatung weiter fortführen können. – Bitte, Herr Kollege Vogt, Sie haben das Wort.

Alexander Vogt (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Journalismus und Medien sind wichtig für die Demokratie; das gilt insbesondere im lokalen Bereich.

Angesichts zurückgehender Zeitungsauflagen – jeder von Ihnen wird dies aus seinem eigenen Wahlkreis kennen – kommt dem Radio in Nordrhein-Westfalen eine steigende Bedeutung zu. Der WDR ist hier mit sechs Wellen vertreten. 44 private Lokalradios senden vor Ort, und es gibt neue Entwicklungen und Herausforderungen auf dem Radiomarkt.

Deshalb haben wir die Große Anfrage gestellt. Es waren 112 Fragen an die Landesregierung, und die Antworten liegen nun vor. Diese Antworten zeigen, dass die Radiolandschaft mit öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Lokalradios wichtig und auch erfolgreich ist.

Gerade den Lokalradios kommt bei den beschriebenen zurückgehenden Zeitungsmärkten eine steigende Bedeutung zu. Dort sind rund tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Lokalradios berichten über Kommunalpolitik, Gemeindefeste, den örtlichen Sportverein – man könnte also sagen, dass das unser Heimatradio ist.

Die Anfrage zeigt auch, dass die örtlichen Zeitungsverleger weiterhin die Hauptanteilseigner an den Betriebsgesellschaften sind. Dabei stellt sich natürlich die Frage: Ist es eigentlich okay, dass sie gleichzeitig die Zeitungen besitzen und die Radios betreiben?

Ja, das ist okay, weil es sogenannte Veranstaltergemeinschaften gibt, 44 an der Zahl. In dieser sind gesellschaftliche Gruppen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände und der Sport vertreten. Diese Veranstaltergemeinschaften sind dafür zuständig, die Programmverantwortung zu

tragen. Auf der anderen Seite gibt es die Betriebsgesellschaften, die für das wirtschaftliche Wohl der Sender verantwortlich sind.

Dieses erfolgreiche Modell wird seit einigen Monaten von CDU und FDP infrage gestellt, und auch das Ergebnis der Anfrage zeigt, dass es kein klares Bekenntnis zum Fortbestand dieser Veranstaltergemeinschaften gibt. Das können Sie in der Antwort auf Frage 26 nachlesen.

Zu Frage 12 wird keine Zusicherung gegeben, dass die Frequenzen auch weiterhin bei den Veranstaltergemeinschaften, also bei den gesellschaftlichen Gruppen liegen, und es gibt auch keine Antwort darauf – das können Sie nachlesen –, wie sich eigentlich die Einnahmensituation der privaten Radiosender in Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren entwickelt hat. Dazu liegen der Landesregierung keine Zahlen vor, und die Landesanstalt für Medien konnte der Landesregierung keine Antworten darauf geben.

(Thomas Nückel [FDP]: Das ist Geschäftsgeheimnis!)

Diese Fragen sind aber wichtig, weil Sie – Herr Nückel ruft ja gerade herein – behaupten, dass das Geschäftsmodell der Radios bedroht sei. Wenn es so ist, dass es Veränderungen geben muss, erwarten wir, dass auch Zahlen vorgelegt werden und eine Landesregierung, die möglicherweise im neuen Landesmediengesetz Vorschläge unterbreiten möchte, sich Informationen besorgt, um eine vernünftige Entscheidungsgrundlage zu haben.

Für die SPD-Fraktion können wir nach den Antworten der Landesregierung, die teilweise intensiver ausgefallen sind – manchmal hat man den Eindruck, dass sie nicht richtig nachgebohrt hat, um die Frage zu beantworten –, nach dem, was vorliegt, sagen: Die SPD-Fraktion steht weiterhin zum lokalen Journalismus. Sie steht auch zu den lokalen Radiosendern, und wir fordern die Landesregierung auf, alles zu unternehmen, damit 44 einzelne Redaktionen in den einzelnen Städten und Kreisen erhalten bleiben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Vogt, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Abgeordneten Hübner. Wollen Sie diese zulassen?

Alexander Vogt (SPD): Sehr gern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön.

Michael Hübner (SPD): Herr Kollege Vogt, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Ich habe gerade nochmals in meinen Unterlagen nachgeschaut, ob der zuständige Medienminister – was ja der Ministerpräsident ist – heute entschuldigt ist.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

Er ist offenkundig nicht entschuldigt, und ich finde das angesichts der Beantwortung einer Großen Anfrage durch die Landesregierung – da Sie schon einmal deutlich gemacht haben, dass die eine oder andere Frage eher sachfremd beantwortet wurde – ehrlich gesagt nicht angemessen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wie schätzen Sie das wiederholte Fehlen des zuständigen Ministerpräsidenten in der Frage der Medien ein?

Alexander Vogt (SPD): Wir können an der Abwesenheit des zuständigen Medienministers Herrn Laschet, aber auch des für Medien zuständigen Staatssekretärs wieder einmal sehen, dass dieses Thema dem Ministerpräsidenten entweder egal oder er mit dem Termin überfordert ist.

Wir haben es nicht organisiert, dass der Ministerpräsident gleichzeitig Medienminister sein muss,

(Beifall von der SPD)

sondern ich erinnere nochmals daran: Es gab einen Medienminister, Herrn Holthoff-Pförtner, der unter anderem Anteilseigner der Funke-Mediengruppe ist, die zwölf Radiosender, über die wir gerade gesprochen haben, als Hauptanteilseigner hält.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Praktisch!)

Natürlich war es eine schlechte Entscheidung, einen der Hauptanteilseigner eines der größten Medienkonzerne in Nordrhein-Westfalen gleichzeitig zum Medienminister zu machen; darum musste Herr Holthoff-Pförtner anderweitig versorgt werden,

(Zurufe von Thomas Nückel [FDP] und Henning Höne [FDP] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist doch albern! – Zuruf von der SPD: Wo ist er denn?)

und Herr Laschet hat es übernommen.

Aber wir stellen uns jedes Mal die Frage, warum – Herr Höne, Ihnen war die Situation auch peinlich; das wussten wir doch – der zuständige Medienminister nicht in der Lage ist, zu den medienpolitischen Punkten hier im Plenum zu erscheinen.

(Beifall von der SPD)

Das sagt einiges darüber aus, welchen Wert der Ministerpräsident dem Medienland Nordrhein-Westfalen beimisst. Ich glaube, das zeigt nicht nur die Antwort auf diese Anfrage, sondern auch die dauernde

Abwesenheit des Ministerpräsidenten bei jedem medienpolitischen Debattenpunkt in den letzten Monaten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogt. – Für die CDU hat Frau Kollegin Stullich das Wort.

(Zurufe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur darauf hinweisen, dass gleich für die Landesregierung Frau Ministerin Heinen-Esser in Vertretung für Herrn Ministerpräsident Laschet sprechen wird.

(Beifall von der CDU und der FDP – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich schlage vor, dass wir das nach den Spielregeln handhaben, die wir uns selbst gegeben haben. Auch der Kollege Hübner weiß, wie sich das mit den Zwischenfragen verhält. Jetzt hat Frau Kollegin Stullich das Wort.

Andrea Stullich (CDU): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Vogt, Sie fordern immer die Anwesenheit des Ministerpräsidenten

(Alexander Vogt [SPD]: Des Medienministers! – Michael Hübner [SPD]: Ist er denn entschuldigt?)

und behaupten, die Medienpolitik sei ihm nicht wichtig.

Ich schaue einmal zurück, wie wichtig Ihnen eigentlich die strukturelle Weiterentwicklung des Zweisäulenmodells in den letzten Jahren gewesen ist. Seit es das Zweisäulenmodell gibt, seit 1990, haben rote und rot-grüne Regierungen 22 Regierungsjahre verbracht. In dieser Zeit habe Sie nichts, aber auch gar nichts dafür getan, das Zweisäulenmodell strukturell weiterzuentwickeln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich würde Ihnen empfehlen, den Ball hier ziemlich flach zu halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 112 Fragen umfasst diese Große Anfrage. Da ist naturgemäß viel Statistik dabei, vieles auch, was man durch eine einfache Onlinerecherche selbst hätte herausfinden können. Inhaltlich geht es unter anderem um Einschaltquoten und Personal, um Verbreitung und Frequenzen, um DAB+ und Bürgerfunk.

Unter den 112 Fragen stellt die SPD eine entscheidende Frage jedoch nicht, nämlich:

(Stefan Kämmerling [SPD]: Ja, wo ist der Ministerpräsident? – Heiterkeit von der SPD)

Welche Bedeutung hat Radio eigentlich im Leben der Menschen, gerade auch Lokalradio? Ich finde, das ist kein Grund, sich darüber lustig zu machen, liebe Kollegen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wir können ja noch eine Anfrage nachschieben!)

Die Antwort, welche Bedeutung Radio im Leben der Menschen hat, lautet: Es gehört wie selbstverständlich zum Alltag von Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Lokalsender informieren über das, was vor meiner Haustür passiert, sie berichten über das politische Geschehen rund um den Globus, sie ordnen gesellschaftliche Entwicklungen ein. – Dafür an dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle Radiomacher.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Hörerbefragungen machen deutlich: Erfolgreiche Lokalsender gelten bei ihren Hörern als glaubwürdig, informativ und hörernah. Viele Hörer haben eine große emotionale Verbundenheit zu ihrem Sender. Herr Vogt hat es gerade als „Heimatrado“ bezeichnet, was ich einen guten und passenden Begriff finde. Radio bildet – ganz einfach – eine verlässliche Größe im Alltag; das ist wichtig im Zeitalter von Digitalisierung und Veränderung. Die Lokalradios sind aber auch ein wichtiges Werbemedium. Das System des Lokalfunks muss zugleich wirtschaftlich tragfähig sein.

Die umfassenden Antworten der Landesregierung zeigen: Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der Medienlandschaft wegen des digitalen Wandels kann auch im Lokalfunk nicht einfach alles beim Alten bleiben; das wäre realitätsfern.

(Michael Hübner [SPD]: Guten Tag, Herr Staatssekretär! Schön, dass Sie es einrichten konnten!)

Alle Experten und vor allem die Beteiligten selbst bestätigen die Aussage, dass es dem System mitunter an Flexibilität, Dynamik und Wirtschaftlichkeit fehlt.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Auch Herr Laschet fehlt!)

Um den Lokalfunk zukunftsfähig weiterzuentwickeln, taugen aber keine überstürzten Aktionen. Deshalb haben wir vor die Erneuerung die gründliche Bestandsaufnahme gesetzt, und zwar im konstruktiven Austausch mit allen Akteuren. Zu dieser Bestandsaufnahme tragen die Antworten der Landesregierung zur Großen Anfrage bei.

Wir wollen auch in Zukunft sicherstellen, dass es im Lokalfunk vielfältige Themen und eine hohe journalistische Qualität gibt und dass gesellschaftlich relevante Gruppen beteiligt werden. Die Sender müssen aber auch wirtschaftlich stark sein, um im Wettbewerb und im digitalen Zeitalter bestehen zu können.

Auch ein starker öffentlich-rechtlicher Hörfunk stiftet natürlich gesellschaftlichen Zusammenhalt, gerade in diesen Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung und Polarisierung. Deshalb führen wir einen strukturierten Dialog mit allen Akteuren im dualen System, um daraus die Gesamtstrategie Radio in Nordrhein-Westfalen 2022 zu entwickeln.

Die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage vertiefen diese Debatte. Sie unterstreichen unser Ziel, die Menschen so umfassend wie möglich mit einem vielfältigen, qualitätsvollen, unabhängigen und zukunftsfähigen Radioangebot zu versorgen.

Die Landesregierung hat aus unserer Sicht alle Fragen umfassend beantwortet. Für diese Fleißarbeit beim Recherchieren, Zusammenstellen und Auswerten der Informationen herzlichen Dank allen, die daran mitgewirkt haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Nückel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Nückel (FDP): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht sollte der Staatssekretär für Medien Alexander Vogt mal umarmen, damit der merkt, dass er da ist.

(Michael Hübner [SPD]: Der Staatssekretär ist noch völlig außer Atem! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Solange Sie nicht zu einer Kuschelattacke ansetzen!)

– Ich glaube, das wäre zu viel der Liebesäußerung.

Die Antwort der Landesregierung macht deutlich: Radiohören ist nicht out. Eigentlich hatten alle dem Radiomedium vor dem Jahr 2000 den Tod vorausgesagt. „Video Killed the Radio Star“ war ein Song, der in den Hitparaden oben stand – der Tod ist aber nicht eingetreten.

Das ist sicherlich eine große Leistung der Verantwortlichen, vor allem natürlich der Journalistinnen und Journalisten bundesweit, landesweit und natürlich lokal und regional. Es ist ein Ergebnis ihrer Leidenschaft.

Das ist, glaube ich, auch der Unterschied zu Fernsehmachern, wo vieles schnell gemacht und getackert wird. Radio – das habe ich in meiner eigenen beruflichen Tätigkeit gelernt – wird mit mehr Leidenschaft gemacht. Da brennt immer ein inneres Feuer. Ich glaube, das ist ein Grund, warum wir uns um das Radio auch in der Zukunft keine großen Sorgen machen müssen. Es wird fortbestehen.

Mich haben die positiven Zahlen angenehm bestätigt. Trotz der vielen Streaming-Dienste, die wir haben, mit einem Musikangebot von unvorstellbaren 14 Millionen Titeln hat das Radio kaum Hörer verloren. Das zeigt die Qualität der Arbeit, die dort geleistet wird.

Aber dafür gibt es keine Ewigkeitsgarantie. Deswegen war es so schade, dass sich in den Jahren, in denen sich manche Bundesländer schon Gedanken gemacht haben, Nordrhein-Westfalen lange Zeit keine Gedanken gemacht hat, wie es weitergehen soll, gerade auch mit der sehr empfindlichen Lokalradioszene.

Uns ist klar, dass die Verlage zurzeit große Probleme haben. Die Auflagen sinken, was die Printtitel angeht. Man hat sich vielleicht zu spät die Frage gestellt, wie man mit Journalismus online Geld verdienen kann. Wir befinden uns derzeit in einer riesigen Umbruchsituation, und dieser Umbruch macht natürlich auch vor dem Radio als Medium nicht halt.

Noch hören die meisten Menschen Radio über UKW, also über Ultrakurzwelle. Die Qualität der UKW-Übertragung reicht vielen. Sie nutzen die Geräte im Haus und im Auto. Radio ist ein Angebot, das die Menschen so nebenbei über den Tag hinweg nutzen können, bevor sie abends in der Regel – wir führen diese Debatte jetzt um 20 Uhr, zur besten Fernsehsehzeit: Tagesschau, SAT 1-Nachrichten – zum Fernsehen wechseln.

Nach allen Prognosen wird UKW in den nächsten zehn Jahren an Bedeutung verlieren. Das fasst im Grunde zusammen, was das Problem ist, mit dem wir uns im Lokalfunk beschäftigen müssen. Das sehen nicht nur die Sender so; das sieht auch das von der Landesanstalt für Medien in Auftrag gegebene Gutachten so, mit dem die Beratungsfirma Goldmedia uns einige wichtige Informationen präsentiert hat.

Der große Gewinner der Entwicklung, also des Abnehmens bei UKW, wird nach mehreren von Goldmedia beschriebenen Zukunftsszenarien natürlich das Online-Radio sein; das ist nun einmal so. Wie die Sender sieht Goldmedia im UKW-Bereich gar kein Entwicklungspotenzial: Die Zahl der Sender ist beschränkt, technische Innovationen sind kaum noch möglich.

Heute hören noch 88 % der Menschen UKW. Im Jahr 2028 werden es ca. 33 % bzw. 42 % sein; da gibt es mehrere Modellrechnungen. Das bedeutet für die Lokalsender eine große Herausforderung. Die Radiolandschaft wird sich anders entwickeln, als wir alle das mal gedacht oder geplant hatten.

DAB+ wird – auch das geht aus der Goldmedia-Studie hervor – ein Nischenangebot bleiben. Man schätzt, dass die Zahl der DAB+-Hörer vielleicht auf 20 % steigen wird. Selbst bei dieser Schätzung

bliebe DAB+ nur auf dem dritten Platz der Übertragungswege.

Wichtig erscheint mir – das ist die wichtige Frage, und da, Herr Kollege Vogt, kann ich Ihnen die Kritik nicht ersparen –, dass Sie sich zu spät Gedanken über die Zukunft des Lokalfunks gemacht haben.

Interessant wird die Frage sein, wie man die Hörer online besser folgen lassen kann: über Podcast, Voice-Services wie Alexa, abgestimmte Angebote? Hier könnte die Zukunft liegen. Es ist gut und wichtig, wenn die Landesanstalt für Medien – wie sie es aktuell tut – an diesem Thema dranbleibt.

Eine kritische Anmerkung noch zum Stichwort „Vielfalt in den Medien“. Leider wird schon oft von Vielfalt geschwärmt, wenn pro Mediengattung ein Anbieter im Lokalen existiert. Die Monopole in den Gattungen stellen aber natürlich noch keine Vielfalt dar.

Ich weiß, es ist schwierig, gerade bei der Werbefinanzierung, aber wo keine Vielfalt ist, ist oft auch kein Wettbewerb. Man weiß es von allen Zeitungsstädten, dass dann auch die Auflagen bei der Eine-Zeitungs-Redaktion abnehmen. Es gibt auch Beispiele, wo es plötzlich wieder zwei Zeitungen sind, und bei beiden die Auflagen steigen.

Alle Lokalmedien sind gut beraten, sich als Gesamtprodukt zu sehen. In der Zukunft wird es immer häufiger geschehen, dass man sich sein Programm zusammenstellt: im Radio mit den Lokalnachrichten, höchstwahrscheinlich aus seiner Stadt; mit dem Kulturprogramm, zum Beispiel des Deutschlandradios; dem Lokalteil der „WAZ“ und eventuell mit dem Politikteil der „Süddeutschen“. Das wird alles sehr flexibel sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Nückel. Sie haben das Signal gesehen: Es ist eine Kurzintervention des Abgeordneten Vogt angemeldet, der jetzt, wenn er sich bitte einloggt, das Wort für 90 Sekunden Kurzintervention erhält. Bitte sehr.

Alexander Vogt (SPD): Erst einmal freue ich mich natürlich, dass der zuständige Medienstaatssekretär nach Aufforderung doch wieder hier erschienen ist, wenn auch ein bisschen außer Atem; aber wir müssen uns ja nicht direkt umarmen.

Herr Nückel, Sie hatten gerade gefragt, was in den vergangenen Jahren für den Lokalfunk gemacht wurde. – Eine ganze Menge.

Zum Beispiel war es eine ganz große Sache, dass wir die Werbezeitenreduzierung beim WDR beschlossen haben, sodass von drei Wellen, die im

Hörfunk werbetragend waren, ab 2017 nur noch zwei erlaubt waren und ab dem 1. Januar 2019 eigentlich nur noch eine Welle werbetragend gewesen wäre.

Das waren Forderungen, die auch vom Zeitungsverlegerverband, vom Verband der Betriebsgesellschaften, für die Herr Wüst, der jetzt Verkehrsminister ist, zu dem Zeitpunkt als Cheflobbyist der Zeitungsverleger und Geschäftsführer des BG-Verbandes aktiv war, an uns herangetragen wurden.

Sie haben Anträge gestellt und gefordert, dass das noch viel schneller gemacht werden sollte. Sie hatten das alles damals als zu langsam kritisiert. Dies hat lange Diskussionen mit dem WDR erfordert.

Sie haben nach der Regierungsübernahme die zweite Stufe der Werbezeitenreduzierung beim WDR einfach ausgesetzt und es auf die lange Bank geschoben, sodass jetzt der WDR darauf drängt, endlich Klarheit zu bekommen, da das Ganze seit zwei Jahren liegenbleibt und eben noch keine Evaluation stattgefunden hat.

Wir haben noch mehr Dinge auf den Weg gebracht. Wir haben die Stiftung für Partizipation und Vielfalt zur Stärkung des Lokaljournalismus gegründet. Die haben Sie reintegriert – so nennen Sie das – bzw. eingestampft und bei der Landesanstalt für Medien untergebracht. Das alles sind Sachen, die Sie rückgängig gemacht haben –neue Ideen aber haben wir von Ihnen in den zwei Jahren noch nicht gesehen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogt. – Herr Kollege Nückel, Sie haben das Wort für die Erwiderung.

Thomas Nückel (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Vogt, für diese Kurzintervention. Sie zeigt, wie rückwärtsgewandt Sie sind

(Lachen von der SPD)

und dass Sie an die verpassten Weichenstellungen für den Lokalfunk glauben. Die Werbezeitenreduzierung war bei Ihnen eine Notmaßnahme.

Weil Sie aber die notwendigen Weichenstellungen nicht vorgenommen haben, wäre es mir zu der Zeit sogar lieber gewesen, wir hätten die Werbung beim WDR gleich völlig gekillt; das will ich ganz offen zugeben. Das habe ich auch damals gesagt. Sie haben nämlich bei den anderen Weichenstellungen geschlafen; denn das digitale Zeitalter hat nicht erst in diesem Jahr angefangen, sondern schon früher. Da haben Sie überhaupt keine Weichenstellungen vorgenommen.

Sie sagen jetzt, es sei etwas liegen geblieben. Wenn Sie eine Evaluation machen, müssen Sie einen gewissen Zeitraum abwarten, bis Fakten vorliegen.

Man kann nicht sofort evaluieren, nachdem man eine Maßnahme durchgeführt hat; das macht überhaupt keinen Sinn.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich denke, Sie leiden ganz kräftig daran, und deswegen waren auch die Fragen Ihrer Großen Anfrage ... Sie beschwerten sich ja, dass die Antworten Ihrer Ansicht nach schlecht gewesen seien. Nein, die Fragen waren schlecht, weil Sie nämlich unter Umständen die wichtigste Frage

(Zuruf von der SPD: Frau Stullich hat die doch gerade gelobt!)

– Sie hätten sich vielleicht einmal an unserer Oppositionsarbeit orientieren sollen. Wir hatten auch eine Große Anfrage zum Medienmarkt und zum Lokalfunk gestellt. Da hätten Sie mal Erbauung suchen können; dann wäre das vielleicht nicht so schlecht formuliert gewesen wie bei Ihnen, aber das macht nichts.

(Michael Hübner [SPD]: Ordentliche Antworten gab es auch!)

Die vielleicht wichtigste Frage haben Sie nicht gestellt: Warum hat das so tolle System, das Sie hier im UKW-Bereich loben, kein anderes Bundesland übernommen? Diese Frage wäre ganz interessant. – Danke.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Nun hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Keymis das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Dieser Streit, den wir gerade zwischen Regierung und Opposition erlebt haben, zeigt die klassischen Formeln auf, wie man eine solche Frage diskutieren kann.

Am Ende stehen wir aber vor Problemen, für die wir politisch eigentlich nichts können, die sich vielmehr aufgrund der ökonomischen, aber vor allen Dingen auch der technischen Entwicklung ergeben. Das sind Fragen, die man, wenn man bestimmte Rahmensetzungen einleitet, womöglich ein Stück weit beeinflussen kann.

Schlussendlich müssen natürlich die Verleger entscheiden, ob sie Radio betreiben wollen

(Zuruf von der SPD)

und inwieweit sie auf das Angebot der LfM eingehen, sich auf die digitale Zukunft einzulassen. Dann können wir uns wiederum unterhalten.

Es gibt einen entsprechenden Antrag der SPD, zu dem es auch eine Anhörung im zuständigen Ausschuss gab, ob man möglicherweise darüber nachdenkt, in der einen oder anderen Geschichte eine entsprechende Unterstützung staatlicherseits zu organisieren, indem man einen Umstieg zum Beispiel auf DAB+, wie man das in Bayern bei den lokalen Radioangeboten macht, fördert. Ich glaube, das sind die Fragen, über die wir uns politisch Gedanken machen müssen.

Die Grünen haben in ihrem Wahlprogramm schon festgeschrieben, dass sie sich für den DAB+-Umstieg aussprechen. Man kann nicht einen Teil des Technischen aus der Digitalisierung ausklammern, nämlich den Hörfunk. Das ist unvorstellbar, und es macht auch keinen Sinn.

Auf der anderen Seite sollte man sich – das ist auch eine klare Positionierung – nicht darauf verlassen, dass alles nur noch netzabhängig erfolgen kann. Ich finde nicht, dass wir die terrestrischen Frequenzen, die wir digital über DAB+ in viel größerer Vielfalt anbieten können – übrigens auch günstiger als die UKW-Ausstrahlung –, auf die Zukunft gesehen völlig ausklammern sollten.

Ich bin überhaupt nicht der Meinung, dass DAB+ keine Zukunft hat. Ich halte das für eine Fehleinschätzung. Ich glaube, es ist auch politisch nicht klug, sich aus der terrestrischen Verbreitung von Hörfunk digital jetzt schon zu verabschieden und es nur auf das Internet zu verschieben.

Das Internet bedeutet für viele Leute, dass sie zum Beispiel gebührenabhängig Radio hören, nämlich internetgebührenabhängig. Sie haben eine bestimmte Anzahl von Einheiten, die sie sich herunterladen. Ob sie sich dann unter Umständen nicht für ein anderes Angebot entscheiden, statt das Geld beim Hörfunk auszugeben, das ist noch die Frage. Diese Frage stellt sich beim terrestrisch verbreiteten digitalen Radio eben nicht.

Deshalb glaube ich nicht, dass wir uns mit Blick auf die öffentlich-rechtlichen Angebote, die es gibt, insbesondere die des Deutschlandfunks, aus der Technik einfach so verabschieden sollten, wie das zum Teil politisch diskutiert wird bzw. auf Antrag der FDP sogar gerade im Landtag von Niedersachsen beschlossen wurde. Die Grünen haben da auch noch mitgestimmt, was ich überhaupt nicht verstehen kann.

Sie sehen: In der Medienpolitik macht jeder seinen Kram. Das ist möglicherweise auch ein systematischer Fehler, über den man auf Dauer nachdenken müssen, ob der föderale Staat nicht an seine Gestaltungsgrenzen gerät, wenn in Niedersachsen die einen sagen „DAB+ ist nichts“, aber andererseits DAB+ zum Beispiel für den Deutschlandfunk von na-

tionaler Bedeutung ist. Da müssen wir uns im Grundsatz neu sortieren; das tun wir im Moment leider nicht.

Zu der Großen Anfrage 10 will ich auch noch ein paar Sätze sagen. Sie hat immerhin 148 Seiten und wird jetzt hier in Block I abgehandelt. Das finde ich schade; denn jetzt wäre es notwendig, noch auf ein paar Punkte einzugehen. Immerhin sind die 112 Fragen der SPD beantwortet worden,

(Michael Hübner [SPD]: Keine Kritik!)

zum Teil sehr interessant, zum Teil so, dass man sagt, man wisse das auch nicht so genau. Wir haben nachgefragt; doch es kam nicht viel.

Insgesamt kann man sagen: Vielen Dank all denen, die das wieder einmal sehr fleißig zusammengetragen haben. Herr Liminski, richten Sie es bitte auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Es bedeutet immer fleißige Arbeit, die da zusammengetragen wird.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

– Da klatschen jetzt nur die, die im Moment die Regierungsverantwortung tragen. Letztens haben wir immer noch geklatscht, wenn wir das gesagt haben, weil wir als Rot-Grün Regierungsverantwortung trugen. So ist das eben. Ich finde, der Dank sollte immer gelten – egal, welche Position man gerade im Parlament durch die Wählerinnen und Wähler einzunehmen hat.

Das Zweite ist: Es ist noch mal deutlich gemacht worden in den Antworten, insbesondere im zweiten Teil, also auf den Seiten 90 und folgende, dass insbesondere das Thema „DAB+“ eine wichtige Rolle spielt, dass es in den Antworten des Westdeutschen Rundfunks, des Deutschlandfunks, die eingeholt wurden, eine Rolle spielt, und auch die lokalen Radiobetreiber Fragen stellen.

Sie wissen, dass das Verfahren dazu bei der Landesmedienanstalt läuft. Man ist faktisch schon in eine Art Schlussrunde eingetreten. Man hat diese Platten auch bei uns formuliert, leider nicht in dem Kachel-system, wie man das in Bayern organisiert hat. Aber man hat zumindest seitens der LfM einen Versuch gestartet, nüchtern das DAB-Angebot zu sortieren. Alle, die sich für das Lokalradio interessieren, haben sich dazu auch gemeldet.

Doch wir haben noch keine wirkliche Lösung hinsichtlich dieser Problematik, und wir haben bisher politisch noch nicht gehört, wie sich die Mehrheitsfraktionen zu dem Antrag der SPD stellen werden.

Ich habe der Anhörung mit Interesse entnommen – das passt ein Stück weit in die Beantwortung der Großen Anfrage 10 –, dass es keine Widerstände auf europäischer Ebene gäbe, wenn man sich zur Förderung von DAB-Umstellungen entschlösse.

Das hängt unter anderem auch damit zusammen, dass auf Europaebene erkannt worden ist, dass wir Fake News und anderen Entwicklungen, die vor allem das Internet vorantreibt, etwas entgegenstellen müssen. Da spielt natürlich das lokal verbundene Radio ebenso eine Rolle wie die öffentlich-rechtlichen Angebote.

In diesem Sinne danke für die Beantwortung, danke auch für die Fragen, die gestellt wurden. Auch an die SPD-Fraktion einen Dank – auch das nenne ich Fleiß –, die diese Fragen zusammengestellt hat.

Wir haben sicher noch viele Gelegenheiten, über einzelne Aspekte, die diese Große Anfrage aufgeworfen hat, weiter im dafür zuständigen Ausschuss zu diskutieren. Vielen Dank, Frau Präsidentin, für die großzügige Überstreckung der Redezeit. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keymis. – Für die Fraktion der AfD hat Herr Abgeordneter Tritschler nun das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man hier miterlebt, wie die SPD ganz nonchalant komplette Industriezweige über die Wupper gehen oder zumindest ins Ausland ziehen lässt, kann man sich schon wundern, warum ein paar Hundert Arbeitsplätze bei Privatradios eine derart ungekannte Aktivität hervorrufen.

Schauen wir uns einmal die Struktur des Privatradios in Nordrhein-Westfalen und seine Geschichte an. Eine kurze Rückblende:

Es waren die 80er-Jahre, im Bund regierten CDU und FDP, und beide waren noch einigermaßen unterscheidbar von der SPD, was man sich heute nur noch schwer vorstellen kann. Insbesondere die CDU war schon seit Adenauer von der Linkslastigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genervt. Man nannte das „Rot-Funk“. Auch das kann man sich heute kaum noch vorstellen.

In Nordrhein-Westfalen waren die Mehrheiten anders. Da durfte die SPD unter Johannes Rau das Land quasi völlig unbehelligt ruinieren. Auch das ist heute nur noch schwer vorstellbar. Da wollte man sich natürlich nicht von einem wirklich unabhängigen privaten Rundfunk stören lassen; hat man dann auch nicht.

Während in anderen Ländern starke, eigenständig lebensfähige Privatsender entstanden sind, errichtete man in NRW unter der Überschrift „Zweisäulenmodell“ mehrere Dutzend Mikrosender, die wiederum mittlerweile fast ausschließlich das Programm eines landesweiten Monopolisten, nämlich das von

Radio NRW, übertragen. Dieser wiederum gehört unter anderem der Funke Mediengruppe von Herrn Holthoff-Pförtner.

Natürlich ist auch die SPD mittelbar daran beteiligt. Aber nicht nur dort! Über die parteieigene Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft sind die Genossen direkt an einer ganzen Reihe von Sendern beteiligt. An Radio Bielefeld, Radio Herford und Radio Hochstift halten sie sogar eine Mehrheit. Hinzu kommen weitere 21 Sender, die teils in kommunaler Hand sind – also nach landläufiger Definition Staatsfunk –, und über die sie mit ihren Bürgermeistern und Landräten auch wieder Einfluss nehmen können.

Lieber Herr Vogt, liebe SPD, wäre das hier ein Gerichtssaal und kein Parlament, wären Sie aber so was von befangen! Stattdessen nutzen Sie die parlamentarischen Instrumente, die Ihnen hier zur Verfügung stehen, um Ihre eigenen monetären Interessen zu verfolgen. Ich wundere mich eigentlich, dass ich der Einzige bin, der das hier anspricht.

Das ist in Ihrem Fall zwar nicht besonders überraschend, aber immer noch ziemlich unredlich. Die Wahrheit ist doch: Das Medienangebot ist heute vielfältiger, als es jemals war – und das ist auch gut so.

Ich kann ja menschlich nachvollziehen, dass Sie sich nach den guten alten Zeiten sehnen, als handverlesene Genossen entschieden haben, welche handverlesenen Informationen der Bürger bekommt und welche eben nicht.

(Zuruf von der SPD)

Immerhin hat dieses System jahrzehntelang Ihre Macht gesichert. Und jetzt, wo es in sich zusammenbricht, brechen Sie mit ihm zusammen.

Statt aber an sich zu arbeiten und zu überlegen, warum die Bürger Sie zunehmend ablehnen, versuchen Sie künstlich, eine gestrige Medienwelt zu zementieren. Die Bürger sollen nicht nur den wuchernden und immer teureren öffentlich-rechtlichen Rundfunk finanzieren – nein, jetzt soll auch noch Steuergeld für das siechende Lokalradio her, womit es dann endgültig vom Wohlwollen der Parteien abhängig würde.

DAB+, eine Technik, die keiner braucht, und die sich nach Expertenmeinung – Herr Keymis, das habe ich in der Anhörung anders verstanden – nicht wirklich durchsetzen wird, soll künstlich gepäppelt werden. Dabei ist längst klar, dass die Zukunft des Radios im Internet liegt. Und da gibt es eine unerschöpfliche Vielfalt, meine Damen und Herren. Sie brauchen sie nicht mit dem Geld des Steuerzahlers zu sichern, wie es in Ihrer Anfrage heißt.

Darum geht es Ihnen in Wirklichkeit auch gar nicht. Sie wollen wieder zurück in die Zeit von Röhrenradios und von Monopolrundfunk,

(Zurufe von der SPD: Oh! – Weiterer Zuruf von der SPD: Und Sie wollen den Volksempfänger!)

als Sie allein entschieden haben, wer was hört und wer was sieht. Aber diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei, meine Damen und Herren. Finden Sie sich damit ab!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Tritschler. – Nun spricht für die Landesregierung in Vertretung des Ministerpräsidenten und Medienministers Armin Laschet Frau Ministerin Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Spektrum der Anfrage ist mit 112 Fragen sehr breit, und die erbetenen Informationen sind sehr detailliert. Marktdaten werden abgefragt zu Programmen, zur Hörerschaft, zu den Veranstaltern und auch zu den technischen Verbreitungswegen.

Überwiegend lagen die erbetenen Informationen der Landesregierung nicht vor, jedenfalls nicht in dieser Breite und auch nicht in dieser Detailtiefe. Die Landesregierung hat sich dennoch um eine möglichst umfassende Beantwortung bemüht. Das hat auch erheblich Zeit und Ressourcen in Anspruch genommen. Mit Unterstützung durch den Westdeutschen Rundfunk Köln, das Deutschlandradio und die Landesanstalt für Medien NRW konnte eine Vielzahl der erfragten Daten zusammengetragen werden. Mein Dank gilt daher im Namen der Landesregierung auch all diesen Institutionen für ihre Mithilfe.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit der umfangreichen Beantwortung der Großen Anfrage setzt die Landesregierung auch ein Zeichen dafür, dass ihr das Thema „Hörfunk“ am Herzen liegt. Denn über eines dürften wir uns alle einig sein: Der Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen leistet einen ganz wichtigen Beitrag zur Versorgung der Menschen vor Ort mit lokalen Informationen.

(Beifall von der CDU)

Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, eine Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ zu entwickeln, und zwar für ein vielfältiges und zukunftsfähiges Radio und einen wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunk im digitalen Zeitalter.

Zum Zeitpunkt der Großen Anfrage konnten zu den zukünftigen Rahmenbedingungen insbesondere für den Lokalfunk noch keine abschließenden Informationen gegeben werden. Deshalb sind auch viele Fragen zurzeit noch zu klären und bedürfen weiterer Erörterungen.

Die Landesregierung führt hierzu auch in enger Zusammenarbeit mit der Landesanstalt für Medien NRW strukturierte Gespräche mit der Branche. Ziel

ist es, alle Akteure einzubeziehen. Nur so kann ein konstruktives und nachhaltiges Konzept entstehen; und das dürfte ja in unser aller Interesse sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Weitere Wortmeldungen haben wir nicht.

Daher schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass damit die Große Anfrage 10 der Fraktion der SPD erledigt ist.

Ich rufe auf:

14 Die Metropole Ruhr mit einem städtebaulichen Sonderprogramm aktiv und finanziell bei der Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung 2027 unterstützen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4794

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Heimat, Kommunales,
Bauen und Wohnen
Drucksache 17/6475

Die Aussprache ist eröffnet. Zunächst spricht für die CDU-Fraktion Herr Hoppe-Biermeyer.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Internationale Gartenbauausstellung, kurz IGA, wird im Jahr 2027 im Ruhrgebiet stattfinden. Schon sehr früh hatte sich Ministerpräsident Armin Laschet für dieses Projekt ausgesprochen.

Das war ein klares Bekenntnis des Ministerpräsidenten und der Landesregierung für die IGA in der Metropole Ruhr.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Dieses Bekenntnis gilt natürlich weiterhin. Ich denke auch, dass wir uns alle darin einig sind, dass dieses Projekt eine Chance für die gesamte Region darstellt. Sie wissen alle um die Herausforderungen des Strukturwandels. Dazu bedurfte es dieses Antrages also nicht.

Es gab eine hochkarätig besetzte Anhörung zu diesem Thema. Auch diesbezüglich ist als Ergebnis festzuhalten, dass alle die IGA 2027 wollen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Gegen Ihren Widerstand!)